



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

dieser Ehe nichts weiter sehen, als die Vereintigung zweier von jeder Liebe und jeder Liebenswürdigkeit entfernten Menschen, die sich an hypochondrischer Selbstquälerei gegenseitig überboten, und deren gemeinsames Leben gleich damit anfang, daß die Gattin ihr Vermögen — ihrer Mutter überwies! f. Eysenhardt



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Benachteiligung der Landwirtschaft durch die Flottenvorlage. Am Schluß des Artikels über die Flottenvorlage in Heft 16 der Grenzboten vom 19. April wurde schon auf die beklagenswerte Erscheinung hingewiesen, daß sich die sogenannten staatsverhaltenden Parteien durch die agrarische Strömung haben verleiten lassen, unter der ganz unhaltbaren Voraussetzung, die Flottenvermehrung schädige die Landwirtschaft, von den verbündeten Regierungen die Gewähr einer Maximalpräsenzzahl für Heer und Flotte und die Zusicherung einer Erhöhung der Schutzzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, gleichsam als Entgelt für die Bewilligung der Flottenvorlage zu verlangen. Die erste Sitzung der Kommission nach den Osterferien am 25. April hat sich nun besonders mit dieser Frage befaßt und einen überaus traurigen weitem Beweis dafür geliefert, wie sehr der übermächtig gewordne Einfluß des einseitigen Agrariertums die Unbefangenheit und die Gründlichkeit des Urteils, die Sachlichkeit der Entschlüsse und schließlich doch auch das patriotische Verantwortlichkeitsgefühl in den Reihen der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen zu beeinträchtigen droht.

Zunächst waren die Versuche in der Sitzung vom 25. April beachtenswert, wenigstens den Schein eines Beweises für die grundlegende und in gewissem Sinne unerläßliche Voraussetzung des sogenannten „Ruhhandels,“ d. h. für die Benachteiligung der Landwirtschaft durch die Flottenvermehrung, zu bringen. Sie sind so vollständig gescheitert, daß man eigentlich von jetzt ab die Wiederholung der Behauptung rüdweg als Lüge bezeichnen müßte, daß jedenfalls aber für den ehrlich konservativen Patrioten die Pflicht erwächst, wo und wie immer er es vermag, ihre weitere Verbreitung im Volk zu bekämpfen und, wo sie schon Wurzel gefaßt hat, für ihre Ausrottung zu sorgen. Der Einwand, die bei der Flottenvermehrung nötige stärkere Aushebung von Mannschaften für die Marine werde die Arbeitsnot in der Landwirtschaft verschärfen, wurde vom Staatssekretär Tirpitz leicht durch den Nachweis ad absurdum geführt, daß der Mehrbedarf an Marinemannschaften etwa fünfhundert im Jahre betragen werde, was bei der Jahreszunahme der Bevölkerung um weit mehr als das Tausendfache so viel wie nichts bedeute. Ebenso wurde die Behauptung, der vermehrte Schiffsbau werde noch mehr Arbeitskräfte von der Landwirtschaft weg zur Industrie führen, als völlig unbegründet nachgewiesen, und die Vertreter der Mehrheitsparteien ließen ihn schließlich selbst fallen. Es liegt ja auch auf der Hand, daß man in der nächsten Zukunft viel eher ein langsameres Tempo im sogenannten industriellen Aufschwung als eine Beschleunigung zu erwarten hat. Die Agrarier selbst wissen nicht genug von dem „Krach“ in der Industrie zu reden, der bald beginnen müsse. Das Mehr an Schiffbauarbeit, das die Flottenverstärkung erfordern würde, könnte im Fall des Krachs nur erwünscht sein, wenn es überhaupt der so gewaltig anschwellenden Masse der Arbeitskräfte im Reich gegenüber in Betracht käme. Tatsächlich fiel die Fabel von der Verschärfung der

Leutenot ganz und gar unter den Tisch, und der gut agrarische Graf Arnim hat sie in aller Form und hoffentlich endgültig begraben, indem er bemerkte, Deutschland habe noch immer überzählige Arbeiter genug.

An diese Bemerkung knüpfte aber Graf Arnim noch die weitere, „man habe im Volke das Gefühl, daß die Landwirtschaft zurückgesetzt werde, und die Regierungen müßten diese Sorgen in ihrem eignen Interesse zerstreuen.“

Das wirft ein eigentümliches Licht auf den Standpunkt der Herren Parteigrarier, aber ein Beweis für die Benachteiligung der Landwirtschaft durch die Flottenvermehrung ist es in keinem Falle. Sollte Graf Arnim nicht einsehen, daß er gerade durch das Austrumpfen eines so ganz unklaren und undefinierbaren „Gefühls“ im Volk die Verbreiter der Fabel der Klunkererei verdächtigt? Sollte er nicht wissen, daß eben dieses „Gefühl“ das mit gutem Vorbedacht erstrebte Ergebnis einer jahrelangen Agitation ist, wie sie von unsrer Agrardemagogie unter der bereitwilligen Förderung der Mehrheitsparteien und leider Gottes auch eines Teils der hohen und höchsten Beamtenhierarchie und Geburtsaristokratie mit außergewöhnlicher Kapitalkraft, Energie und Skrupellosigkeit unter dem deutschen Landvolk getrieben worden ist und noch getrieben wird? Durchschaut Graf Arnim wirklich nicht das agrarische Spiel, durch das in den Wählermassen auf dem Lande zuerst das Vertrauen zu der Regierung gründlich zerstört werden mußte, sodas man dann angesichts der Flottenvermehrung die Daumschrauben zum Zweck einer weiteren Erhöhung der Agrarschutzölle, der Grundrente und des Verkaufswerts der Landgüter bis zum vollen Erfolg anziehen könnte? Und was soll der Rat, die verbündeten Regierungen möchten „in ihrem eignen Interesse“ diese von den Agrariern im Volk künstlich erregten Gefühle berücksichtigen? Wir haben nie gehört, daß im neuen Deutschen Reich die Regierungen, d. h. der Kaiser und die Fürsten, „eigne“ Interessen, die sich von denen des ganzen Volks unterscheiden, berücksichtigt hätten oder berücksichtigen haben wollten. Wohl aber lesen, hören und sehen wir seit Jahren täglich, daß die Agrarier ganz und gar von „eigenen“ Interessen beherrscht werden, und daß sie gerade deshalb die Regierung in einer unerhörten, ganz unkonserватiven Weise im Lande verlästern und verlästern lassen, weil sie außer den agrarischen Interessen auch die der Gesamtheit und außer den Interessen der Landwirte von heute auch die der zukünftigen berücksichtigen möchten.

Ergänzt werden die Bemerkungen des Grafen Arnim in interessanter Weise durch die des Grafen Rindowström, der sagte, die Stimmung der Landwirtschaft für die Flotte sei vielleicht gerade infolge der Flottenagitation sehr wenig begeistert. Die Landwirtschaft werde „durch die gesteigerte Industrie naturgemäß zurückgedrängt, und die Regierungen würden dadurch von dem Interesse der Landwirtschaft noch mehr abgewendet.“ Und Prinz Arenberg bemerkte, die Förderung unsrer Seeinteressen bedeute für einen Teil der Bevölkerung ein Zurückdrängen der Landwirtschaft, und aus diesem Grunde befürchte man ein Aufgeben der Schutzollpolitik. Das läßt doch recht tief in die Verwirrung und die Unklarheit der agrarischen Vorstellungen und Tendenzen blicken! Also schon den Umstand, daß die Regierung der deutschen Industrie wegen ihrer wachsenden Bedeutung größeres Interesse als früher erweisen muß, betrachten die Agrarier als Beeinträchtigung ihrer eignen Interessen, wollen es als solche anerkannt wissen und möchten schon dafür entschädigt sein. In der That spukt solcher Unsinn in den Köpfen unsrer durch die Agitation aus dem Gleis gebrachten Landwirte, aber daß die Herren Grafen Arnim und Rindowström und der Prinz Arenberg diesen Unsinn — sie hüten sich wohlweislich, sich selbst dazu offen zu bekennen — von der Regierung als Norm für ihre zukünftige Politik anerkannt wissen wollen, wie es doch scheint, ist eigentlich noch viel toller. Wo bleibt denn da die von ihnen so laut betonte Interessenharmonie von Landwirtschaft und Industrie? Die deutschen Industriellen

müßten wirklich noch gedankenloser sein, als sie es sind, wenn sie nicht zum äußersten Mißtrauen gegen die ganze agrarische Gesellschaft veranlaßt würden. Und was sollen danach die verbündeten Regierungen noch für die deutsche Weltpolitik, die sie für unabweisbar halten, für die Politik des größern Deutschlands von den in solche Vorstellungen verstrickten Landwirten erwarten? Was kann der Kaiser für seine Politik überhaupt und insbesondere für seine Flottenpolitik noch von Parteien hoffen, die sich in solcher Weise — denn darauf läuft es doch hinaus — als ihre hartgesottnen Gegner bekennen? Wie sollte er glauben, daß das bischen Zollerhöhung, das nach zehn Jahren doch wieder durch höhere Güterpreise und höhere Verschuldung vollkommen wett gemacht sein wird, die Herren Junker und Bauern zu Freunden und Bundesgenossen der Politik des größern Deutschlands machen könnte?

Es lohnt wahrlich nicht mehr, über die logischen Konsequenzen dieses agrarischen Standpunkts viel Worte zu verlieren. Die Herren wissen ja auch selbst ganz gut, daß ihre Position auf die Dauer unhaltbar ist, und daß der Kaiser und die verbündeten Regierungen absolut nicht in der Lage sein werden, das, was sie als ihre Pflicht für des Deutschen Reichs und des deutschen Volks Zukunft erkennen, mit diesem Standpunkt länger in Einklang zu bringen. Deshalb auch die Dringlichkeit und der Hochdruck, mit dem jetzt das vielleicht letzte große agrarische Geschäft, der sogenannte „Ruhhandel,“ betrieben wird. Den Herren Agrariern brennt der Boden unter den Füßen; jeder Augenblick kann zum Abbruch führen. Nur wenn die Agrarzollfrage übers Knie gebrochen wird, nur wenn die verbündeten Regierungen unter dem Druck der Flottennot zu einer vorzeitigen, voreiligen, unüberlegten Entscheidung für die Getreidezollerhöhung verleitet werden können, glauben die Agrarier auf den gewünschten Erfolg rechnen zu dürfen.

In der Kommissionsitzung vom 25. April tadelte es Graf Rindowström, daß der Reichskanzler „nicht schon in den Osterferien“ eine bindige Erklärung über die Getreidezollerhöhung abgegeben habe. Der nationalliberale Professor Paasche unterstützte ihn dabei kräftig, und Graf Arnim formulierte die Forderung dahin, daß sich nunmehr der Bundesrat über die Frage schlüssig zu machen und seinen Beschluß in aller Form zu verkünden habe. Vergebens wandte der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Thielmann, ein, daß die Frage des neuen Zolltarifs noch nicht spruchreif sei, auch das Ergebnis der Arbeiten des wirtschaftlichen Ausschusses noch gar nicht übersehen werden könnte. Selbstverständlich würden die Interessen der Landwirtschaft dabei im Auge behalten. Kein höherer Kornzoll, keine Röhne! Das ist die Parole, die am 25. April in der Kommission ausgegeben wurde, und die agrarische Presse erkennt das auch schon mit großer Befriedigung als feststehende Thatsache an.

Wird der Bundesrat, werden der Kaiser und die verbündeten Regierungen diesem ungestümen Drängen nachgeben? Sie werden es, wenn sie die Annahme der Flottenvorlage in der Hauptsache schleunig erledigt sehen wollen, thun müssen. Eine Auflösung des Reichstags hätte im Augenblick keinen Sinn. Der Regierung ist das Vertrauen der Wählermassen auf dem Lande durch die agrarische Agitation geraubt, die sozialdemokratischen und die demokratischen Wähler in den Städten und in der Industrie lehnen die Flottenvermehrung rundweg ab. Neuwahlen würden unter den heutigen Verhältnissen die Opposition rechts und links verstärken. Das ist die Zwangslage der Regierung, in die sie nicht ohne eigne Schuld geraten ist. Seit Jahren hat man müßig zugeesehen, wie die bis auf die Knochen konservativen Landleute von der Agrardemagogie verhezt wurden, seit Jahren hat man es aber auch, wenigstens in Preußen, geschehn lassen, daß die politischen Beamten in den Provinzen vor allem die Landräte, bis auf die Knochen agrarisch wurden. Jetzt erntet man, was man gesät hat. Was ist nun gefährlicher: der Verzicht auf die Flottenvermehrung, oder die Bewilligung des Kaufpreises an die agrarischen Ruhhändler? Wenn die

Frage so gestellt wird, sagen wir unbedenklich: Schließt den Handel ab, so erbärmlich er ist! Ohne Flotte keine Weltpolitik, kein größeres Deutschland. Die Agrarzollerhöhung an sich macht die Weltpolitik und das größere Deutschland nicht unmöglich, aber freilich nur dann, wenn nach perfektem Geschäft die verbündeten Regierungen gründlich und endgiltig dem agrarischen Einfluß das Handwerk legen.

Sehr zur rechten Zeit hat Professor Conrad in Halle aufs neue die Getreidezollfrage einer eingehenden Untersuchung unterzogen. In schlagender Beweisführung widerlegt er den ganzen Apparat von Scheingründen, den die Agrarier für den dauernden Schutzzoll für landwirtschaftliche Erzeugnisse seit Jahren in Bewegung gesetzt haben. Es wird sich Gelegenheit finden, auf diese vortreffliche Arbeit eines der besten Kenner gerade der ostelbischen Landwirtschaft, eines bewährten Freundes der deutschen Landwirte und eines von jedem Parteeinfluß unabhängigen gewissenhaften gelehrten Forschers und maßvollen Politikers zurückzukommen. Die große Mehrzahl der deutschen Nationalökonomien steht in dieser Frage hinter Conrad. Die deutsche Wissenschaft hat sich ihr Urteil gebildet, und der Sieg ist ihr sicher, mag der Erpressungsversuch von heute Erfolg haben oder nicht.

Die weiteren Ergebnisse der Kommissionsverhandlungen berühren unser Thema unmittelbar so gut wie nicht. Wenn über den Umfang der jetzt zu beschließenden Schiffsbauten und ebenso über die sogenannte Deckungsfrage die neuerdings angeregten Kompromisse auch im Reichstag angenommen werden, so ist das kein Unglück. Die Hauptsache ist, daß sofort mit allem Hochdruck die weitere Flottenvermehrung in Angriff genommen werden kann. Und dabei steht der Bau von Schlachtschiffen voran. Stellt sich nach drei, vier, fünf Jahren heraus, daß das Kompromiß eine politisch schädliche Bindung ist, so wird die Regierung trotz aller ihr jetzt abgepreßten Gesetze einfach die Pflicht haben, mit neuen Gesetzentwürfen an den Reichstag heran zu treten. Möge sie nur bis dahin Sorge tragen, daß unsre ungeunden Parteiverhältnisse gesundern Platz machen. Sie hat darin viel versäumt, aber sie vermag auch viel zu bessern. ß

Pädagogische Präntentionen. Vor kurzem ist ein Vortrag im Druck erschienen, den A. Wernicke auf der Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner im September 1899 in Bremen gehalten hat. Er handelt unter dem vielversprechenden Titel: „Weltwirtschaft und Nationalerziehung“ de omnibus rebus et quibusdam aliis, über den großen Krach, über Goethe, Nietzsche und Wagner, Handelshochschulen, Dürer, Woppswebe usw.; zu irgend welchen praktischen Vorschlägen gelangt er nicht, und man könnte ihn als eine geistreiche causerie ruhig hinnehmen, wenn so ernsthafte Fragen wie die Gestaltung unsers höhern Schulwesens das Geistreichen und die causerie verträgen. Der Vortrag ist typisch für die Richtung, die in der Schule am liebsten von allem etwas getrieben sähe, indem sie vollständig verkennet, daß vor allem eine Vereinfachung des Stundenplans, eine gründliche Durchbildung in einem Fache, gleichviel welchem, not thut. Natürlich können Leute, die in allem dilettieren möchten, was etwa in einer Dinerunterhaltung zur Sprache kommen kann, unsre Universitäten mit ihrem ernststen wissenschaftlichen Sinn nur ein Dorn im Auge sein, und ohne daß sie aussprechen, was sie eigentlich wollen, vielleicht weil sie es nicht recht wissen, reden sie von oben herunter von jener „Überschätzung des Verstandes und der reinen Wissenschaft, durch die die führende Stellung, die der deutsche Professor als solcher ehemals hatte, vollständig verloren gegangen ist, wenn sie sich auch selbstverständlich der Einzelne, wie Böhmert, Paulsen, Klein und andre, sehr wohl zurückerobern kann.“ Auf deutsch: die Bedeutung des Professors hängt davon ab, wie weit er sich um die Pädagogik kümmert; ob man seine Bücher im Inlande wie im Auslande mit Bewunderung liest, das ist ganz gleichgiltig. Also merkt es euch, ihr Herren von der Universität:

fleißig Pädagogik treiben, womöglich ein Lehrerseminar besuchen! Sonst sinkt ihr zur Bedeutungslosigkeit herab. Nun wird es keinem Verständigen einfallen zu leugnen, daß auch der Professor eine gewisse pädagogische Anlage braucht, und daß es Dozenten giebt, die durch den Mangel einer solchen Anlage ihre Stelle nicht genügend ausfüllen; aber das ist in der Schule gerade so und schlimmer, denn für Jungen von zehn Jahren braucht man mehr pädagogisches Geschick als für Studenten von zwanzig, und wer nicht das Zeug dazu hat, einer Klasse Disziplin und Interesse beizubringen, der wird es niemals ganz lernen. Also eine pädagogische Vorbildung wird man vom Dozenten nicht verlangen können, sondern die Persönlichkeit muß als solche wirken, und sie wird schließlich auch in der Schule den Ausschlag geben. Aber auch in der Auswahl des Stoffes, den der Dozent seinen Hörern bietet, darf er auf die Praxis keine zu weit gehende Rücksicht nehmen. Er wird natürlich immer daran denken, daß er sie für den praktischen Beruf vorzubilden soll und ihnen also eine Übersicht über ihre Wissenschaft zu verschaffen suchen, statt sie womöglich schon in jungen Semestern auf spezielle Gebiete zu weisen, die ihnen den Ausblick nehmen; aber kein Universitätslehrer, der seinen Beruf und seine Wissenschaft hoch hält, wird sich dazu hergeben, sie seinen Studenten einzupauken oder so bequem zu Häcksel zu zerschneiden, daß sie sie direkt in die Schule mitnehmen können. Er wird es vielmehr als seine Hauptaufgabe betrachten, ihnen eine für das Leben ausreichende Anregung mitzugeben, die sie nachher in selbständiger Arbeit verwerten können. Er wird ferner auch nicht vergessen, daß er zuerst für seine Studenten da ist, und daß er sich um andre Dinge erst kümmern darf, wenn er seine Pflichten gegen sie erfüllt hat. Ferienkurse und Volkshochschulen sind gewiß löbliche Einrichtungen, und es ist sehr erfreulich, wenn der Dozent Zeit behält, für die Popularisierung der Wissenschaft etwas zu thun; aber man soll ihm und unsern Universitäten keinen Vorwurf daraus machen, wenn er sie nicht behält und sich auf seine eigentliche Aufgabe beschränkt.

Daß diese, wie mir scheint, sehr einfachen Thatsachen von pädagogischen Wanderrednern in dem guten Glauben an ihre Sache verkannt werden, ist schließlich nicht so sehr zu verwundern; schlimmer ist, daß das auch bei manchen Universitätslehrern geschieht. Aus einer solchen Verkennung ist eine Einrichtung hervorgegangen, auf die sich pädagogische Kreise vielfach als etwas Vorbildliches berufen, und die auch Wernicke anzuführen nicht unterläßt, die Vereinigung aller Lehrenden in Greifswald. „Diese Vereinigung, die in Greifswald die Lehrer aller Grade und Gattungen zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließt, wird auch die gemeinsame Aufgabe der gesamten Lehrerwelt wieder zu deutlicher Anschauung bringen, Erzieherin zu sein, und zwar Erzieherin des heranwachsenden Geschlechts zu der Lust an selbstloser Arbeit im Dienste einer Idee, d. h. zum Idealismus.“ Man wird vor der idealen Gesinnung der Männer, die diese Einrichtung ins Leben gerufen haben, die höchste Achtung haben können, ohne sich doch wirklichen Nutzen von ihr zu versprechen. Zwischen den Lehrern mit wissenschaftlicher und denen mit seminarrischer Bildung ist eine zu tiefe Kluft, als daß bei ihrem Zusammensein etwas herauskommen könnte; und so läuft die Sache schließlich darauf hinaus, daß sich zwar die Volksschullehrer stark an dieser Vereinigung beteiligen, weil sie sich durch die Gesellschaft der höhern und der Universitätslehrer geschmeichelt fühlen, daß diese aber nur in geringer Anzahl bei den Sitzungen erscheinen und viel lieber unter sich wären. Es werden natürlich oft Gegenstände von allgemeinem Interesse verhandelt, aber ein praktischer Nutzen wird nicht erzielt, und eine persönliche Fühlung zwischen den verschiedenen Gattungen von Lehrern nicht gewonnen. Die Herren von der Universität möchten sich gewiß gern mit denen vom Gymnasium aussprechen; aber da sitzen die Elementarlehrer, denen zuliebe man über viele der beide Teile gemeinsam interessierenden Gegenstände (z. B. die gesamte Reform des höhern

Schulwesens) nicht verhandeln kann, weil man das Verständnis dafür bei ihnen nicht ohne weiteres voraussetzen darf. Vollends muß verurteilt werden, wenn ein Professor vor den Volksschullehrern, unter denen ein gewisser Dünkel mindestens ebenso häufig ist wie unter den Universitätslehrern, auseinandersetzt, daß ihm und seinen Kollegen eigentlich das abgeht, was sie mit Stolz ihr eigen nennen dürfen, nämlich die allein selig machende pädagogische Methode, und daß er da nur von ihnen lernen kann. Die Stellung unsrer Universitäten ist gefährdet, sagt man, wenn diese nicht in die Tiefe steigen und aus dem Urquell der Pädagogik Weisheit schöpfen, die sie dann, womöglich noch etwas verwässert, an die weitesten Schichten des Volks ausshenken; nein, sie ist vielmehr gefährdet, wenn man sie vor Leuten diskutiert, denen die vornehmste Aufgabe der Universitäten, die Wissenschaft, im Grunde ein böhmisches Dorf ist. Und darum ist diese Vereinigung kein lebensfähiges Kind, und man kann ihr nur einen baldigen Heimgang wünschen.

Schwarzes Brett

Wustmann darf stolz sein! Im Archiv für Post und Telegraphie hat der Geheimschreiber Noether das Bürgerliche Gesetzbuch auf seine Sprache hin untersucht und die hauptsächlichsten Verbesserungen zusammengestellt, die sie vor dem gewöhnlichen heutigen Schriftdeutsch auszeichnen, und siehe da — es sind lauter Wustmannsche! Die Wiener Arbeiterzeitung, die sich selbst nicht einer österreichischen, sondern einer wirklich deutschen Sprache befleißigt, druckt dieses Verzeichnis ab und empfiehlt es zur Nachahmung. Aber was nützt der schönste Wustmann den Leuten, denen es an Verstand und Takt fehlt? Wustmann konnte unmöglich alle Dummheiten voraussehen, die zahllose Narren in Zukunft noch begehn würden, und konnte sie also auch nicht verhüten, so wenig wie die Gelegenheitsgesetzmacherei neuen Arten von Vergehungen vorbeugen kann; er konnte nur eine mit Beispielen belegte Anleitung zum Denken geben. Seit einiger Zeit kann man kaum eine Zeitung in die Hand nehmen, ohne auf den Unsinn zu stoßen: diese Wünsche werden wohl fromme bleiben, statt: diese frommen Wünsche werden wohl Wünsche, oder werden wohl unerfüllt bleiben. Des seligen Spener *pia desideria* sind freilich gleich unzähligen andern frommen Wünschen unerfüllt geblieben, aber daraus folgt glücklicherweise noch nicht, daß jeder fromme Wunsch mit einem gottlosen vertauscht werden müsse, wenn der Wünschende Erfüllung hoffen dürfen soll. Lieft man so etwas im Käseblättchen, so zuckt man die Achseln, aber neulich fanden wir in einer Monatschrift, und da wirkt es wie eine Ohrfeige. — Wer über gelehrte Sachen schreibt, der kann die Fremdwörter nicht ganz entbehren, aber da einer, der über gelehrte Sachen schreibt, Sprachen versteht, so gebraucht er die Fremdwörter natürlich nicht wie eine Köchin oder wie der als Zeitungsredakteur waltende Sezerjunge. Nun fanden wir aber neulich, ebenfalls in einer Monatschrift, zweimal das Wort: *Imponderabilium* (jenes *Imponderabilium*, kein *Imponderabilium*), und das in einem Aufsatz eines Deutschnationalen, der nachweisen will, daß für die Rassen- und Nationalitätenbildung die Sprache wichtiger sei als das Blut! Also ein Mann behandelt ein Stück Sprachphilosophie, der im Lateinischen über die zweite Deklination nicht hinausgekommen ist und deshalb den Singular des von Bismarck in die Mode gebrachten Plurals *Imponderabilien* nicht bilden kann! Solche Deutschnationalen sollten sich doch sagen, daß sie nicht nur ihre Bildung kompromittieren, sondern auch die deutsche Sprache verhunzen, was einer, der ein Fremdwort an der richtigen Stelle richtig gebraucht, nicht thut.

Herausgegeben von Johannes Brunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Brunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig